

Ausgabe Nr. 1/2017
Mai 2017

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V.



Laudato Si? – Mehr als eine "Ökoenzyklika"

Sozialenzyklika: Vorbild für Nachhaltige Entwicklung in der Politischen Bildung

Werte und Politische Kommunikation im Internet

Medienpädagogische Fachtagungsreihe "Digital 2020" im Bonifatiushaus Fulda

Inhalt

AKSB-Praxis

Laudato Si? – Mehr als eine "Ökokenzyklika"	3
Rezension: "Wie Papst Franziskus Politik macht"	4
Nationale und internationale Bewerbung der SDGs notwendig	5
GEMINI-Fachforum beim Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf:	
"Jugendliche sollen ihre digitale Umwelt selbst gestalten"	6
Digital 2020: Werte und Politische Kommunikation im Internet	7
Rezension: Shape the Future: Digitale Medien in der politischen Jugendbildung	8
Offen sein für multikulturelle Zugänge zur Geschichte	9
"Die Menschen müssen die Situation einmal erlebt haben"	9
Projekt bietet praktische Erfahrungen mit politischen Aktionen	10
ZdK-Aufruf zum Wahljahr: Farbe bekennen	11
GEMINI-Projekt gestartet: "Empowered by Democracy"	11
Rechtspopulismus: Herausforderung für katholische Jugendpastoral	13
bap-Stellungnahme zum 15. Kinder- und Jugendbericht: Wichtiger Beitrag zur Stärkung Politischer Bildung	13

Internationale Bildungspolitik

Forderung: Chance auf internationalen Austausch für alle Jugendlichen	11
Fair Play Preis für das Aktionsbündnis "Rio bewegt.Uns"	12

AKSB kurz notiert

12

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Bundeskanzlerin Merkel und Kardinal Woelki: "Mut zur Verantwortung"	14
Katholische Akademie Bayern: 60-jähriges Jubiläum	14

Personalia

15

Termine

16



Wozu Demokratie?

Was uns hierzulande selbstverständlich erscheint, ist im Blick auf die Situation weltweit keineswegs gegeben. Fundamentale Bedrohungen für Leib und Leben, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, fehlende Gewaltenteilung und Ausschluss von Minderheiten an der politischen Entscheidungsfindung sind an der Tagesordnung.

Mein Vorgänger als Geschäftsführer in der AKSB, Lothar Harles, hat sich die Auseinandersetzung mit diesem Thema für ein Kolloquium quasi als Geburtstagsgeschenk gewünscht, und da begegnen wir uns – in persönlichen unterschiedlichen Zugängen – in der Einschätzung der Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit in der AKSB. Die Erkenntnis, dass die Welt keineswegs wie von alleine zusammenwächst und Demokratie keine Errungenschaft, sondern eine sich alltäglich neu zu erarbeitende Form der Beteiligung ist, mag ernüchtern. Zugleich ist genau das der Ort der Bildungsarbeit, den viele Einrichtungen der AKSB unaufgeregt und mit selbstverständlicher Ausdauer gestalten und die wir in der Geschäftsstelle unterstützen.

Worauf blicken wir dabei: auf Deutschland, auf Europa, auf die Welt? Als Christen katholischer Prägung sind wir per se Weltbürgerinnen und Weltbürger, genauer: wir sollten es werden – ein politischen Bildungsauftrag, dem wir uns in der AKSB verpflichtet fühlen.

In diesem Sinne: auf gute Zusammenarbeit in der kommenden Zeit!

Ihr

Dr. Karl Weber
AKSB-Geschäftsführer

Titelbilder: Titelbilder Reihe oben: (groß) Gruppenbild am Stand von GEMINI beim Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf; (kl. re. o.) DJHT Düsseldorf: AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles und Dr. Karl Weber im Gespräch mit Dr. Philipp Laurenz Rogge vom BMFSFJ; (kl. re. u.) DJHT Düsseldorf: AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber im Gespräch mit Matthias Blöcher vom Jugendbildungs- und Freizeitgestaltungsverein der KAB e.V.; Reihe mitte: (kl. li. o.) Fachtagung Digital 2020: Meinungsforscher Reinhard Schlinkert von infratest dimap; (kl. li. u.) Fachtagung Digital 2020: (v.l.n.r. Prof. Andreas Büsch, Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz, Marco Düsterwald, Landesverband der Volkshochschulen NRW, Prof. Dr. Caja Thimm, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Markus Schuck, AKSB; (groß) Fachtagung Digital 2020: Blick ins Plenum der Fachtagung; Titelbilder Reihe unten: (li.) Gertrud Casel, Geschäftsführerin der Deutschen Kommission Justitia et Pax; (mi.) Bundeskanzlerin Angela Merkel und Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki bei der Eröffnung des KSI in Siegburg; (re.) Fachaustausch im Haus am Maiberg im Projekt "Politische Partizipation als Ziel politischer Bildung".

Laudato Si? – Mehr als eine "Ökoenzyklika"

Sozialenzyklika fungiert als Vorbild für nachhaltige Entwicklung in der Politischen Bildung

(inform). Mit großer Sehnsucht erwarteten viele die erste Sozialenzyklika von Papst Franziskus. Als im Sommer 2015 mit der Veröffentlichung von *Laudato Si'* das Geheimnis gelüftet wurde, überschlugen sich die Kommentare. Ob Barack Obama oder Ban Ki-moon, die Aussagen von Papst Franziskus wurden von vielen Seiten (auch von nicht-kirchlichen Experten und Verantwortlichen) gelobt. Doch ob die französische Zeitung *Le monde*, die *New York Times*, die *FAZ*, *Der Spiegel*, die *taz*, oder auch *Die ZEIT*, eins hatten die unterschiedlichen Kommentare alle gemein: sie nahmen die Sozialenzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus vor allem als „Ökoenzyklika“ wahr. Im Vorfeld der UN-Konferenz zur Festlegung der globalen Entwicklungsziele für 2030 im September 2015 in New York und der UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris scheint diese Fokussierung nicht weiter verwunderlich, da die Weltgemeinschaft wichtige Entscheidungen über globale Entwicklungs- und Klimaschutzziele zu treffen hatte.

Sozialenzyklika: Ganzheitliche Ökologie

Doch ist die Kernbotschaft der Sozialenzyklika umfassender. Sie thematisiert ehrgeizigere (Neu-) Ansätze der kirchlichen Sozialverkündigung. Papst Franziskus betont, dass die Überbeanspruchung unseres Planeten mit der Ungerechtigkeit gegenüber den Armen zusammenhängt und diese beiden Bereiche nicht isoliert betrachtet werden können, daher spricht er von einer „ganzheitlichen Ökologie“ (LS 10), die zur Folge hat, dass sich der Gerechtigkeitsdiskurs nicht vom ökologischen Diskurs trennen lässt, sondern ganzheitlich betrachtet werden muss (LS 48f).

Die Fachgruppe II „Arbeit – Bildung – Soziales“ diskutiert seit September 2015 intensiv die Sozialenzyklika *Laudato Si'* und ihre Bezugspunkte zur politisch-sozialen Bildung in katholischer Trägerschaft. Unter der Überschrift „*Laudato Si'* und nachhaltige Entwicklung“ wurden neben der konkreten Auseinandersetzung mit den Anliegen der Enzyklika auch eng mit *Laudato Si'* verbundene Themenfelder diskutiert, wie die Sustainable Development Goals (kurz: SDGs), zu denen die Vorsitzende des Justitia et Pax-Büros in Deutschland, Gertrud Casel, zum Thema „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ bei der Fachgruppenkonferenz im Heinrich-Pesch-Haus referierte. Gertrud Casel sprach mit der Fachgruppe insbesondere über das Ziel 8 der SDGs „Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges



Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“ (vgl. Interview mit Gertrud Casel auf Seite 5 sowie Bericht im ASKB-inform 2/2016).

Neben der Beschäftigung mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung stellt die – in *Laudato Si'* geforderte – Integrale Ökologie aber vor allem eine zentrale Herausforderung an unsere persönlichen Lebensstile dar und wurde zu Recht als Provokation für den pluralistischen Lebensstil der „Wegwerfgesellschaft“ empfunden. Im Zuge der Auseinandersetzung mit diesen Anfragen an die eigenen Lebensstile diskutierte die Fachgruppe daher auf ihrer diesjährigen Frühjahrskonferenz im Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath die Dimensionen einer Postwachstumsökonomie sowie der weltweiten Degrowth-Bewegungen und deren Bedeutung für die AKSB. Dabei ist die Debatte nicht neu. Bereits 1972 hat der „Club of Rome“ auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen. Neue Aktualität erfährt die Diskussion, da der Mythos des Wirtschaftswachstums als Wohlstandsindikator sich zunehmend entzaubert und die in ihn gesetzten Hoffnungen als

Papst Franziskus hat am 1. Oktober 2014 im Vatikan Überlebende einer der größten Flüchtlingstragödien vor der italienischen Insel Lampedusa empfangen. Die Flüchtlinge aus Eritrea hatten sich auf einem am 3. Oktober 2013 gekenterten Boot befunden. Bei der Havarie mit einem Schiff waren damals etwa 390 Flüchtlinge ums Leben gekommen, 155 hatten überlebt. (Foto © KNA)

Problemlöser sich insbesondere in den Industrieländern nicht (mehr) erfüllen.

Entschleunigung des Lebens und steigende Eigenversorgung gefordert

An diesem Befund setzt die Postwachstumsökonomie an, die im deutschsprachigen Raum vor allem von Nico Paech vertreten wird. Ihre wesentlichen Forderungen sind zum einen eine neue Rahmenordnung, um die systemimmanenten Wachstumszwänge des Kapitalismus zu verändern. Des Weiteren müsse neben dem Ziel der gesellschaftlichen Suffizienz (Entschleunigung des Lebens und Reduzierung auf das Wesentliche) auch das Ziel der

Kolloquium "Wozu Demokratie?"

Am 24. Mai 2017 im Münster-Carré in Bonn

Wozu Demokratie? Im Zeitalter der Globalisierung stellt sich die Frage angesichts der Herausforderungen der Weltgemeinschaft drängender denn je. Demokratische Werte müssen sich behaupten und in der politischen Bildung in neuen globalen Kontexten vermittelt werden. Lothar Harles, dem langjährigen ehemaligen Geschäftsführer der AKSB, war dies mit Blick auf die internationale und europäische Zusammenarbeit in seiner beruflichen Laufbahn ein großes Anliegen. Aus diesem Grund veranstaltet die AKSB ein Kol-

loquium "Wozu Demokratie? Demokratie und Globalisierung" am 24. Mai 2017 in Bonn, bei dem Prof. Dr. Ludger Kühnhardt vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Barbara Menke, Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), Dr. Jörn Gravingholt vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und nicht zuletzt Lothar Harles Perspektiven für demokratische Beteiligungen aufzeigen. Im nächsten ASKB-Inform erfolgt hierzu eine ausführliche Berichterstattung.

"Wie Papst Franziskus Politik macht"

Neue Publikation von Dr. Michael Schäfers: Rezension von Detlef Herbers, Kommende Dortmund

Michael Schäfers, Wie Papst Franziskus Politik macht. Zur Sozialenzyklika „Laudato si“, illustriert mit künstlerischen Arbeiten von Mechthild Hartmann-Schäfers, Köln: Ketteler-Verlag GmbH 2017, 152 S., ISBN 978-3-944427-21-8

Das Buch von Schäfers ist ein gelungener und erhellender Kommentar zu "Laudato Si" (LS), insbesondere zur zentralen Frage des „Politik-Machens“. Es ist leidenschaftlich und engagiert geschrieben: leidenschaftlich in seiner Parteinahme für den „prophetischen Papst“; engagiert in der kritischen Ein- und Fortführung der Aussagen von LS, gerade auch dort, wo der Papst nach Überzeugung Schäfers zu allgemein oder vorsichtig bleibt. Denjenigen, die in der katholisch orientierten politischen Bildungsarbeit zu Hause sein wollen, sollte es eine Pflichtlektüre sein: zuerst die Sozialenzyklika und dann, zum besseren Verständnis, den Kommentar von Schäfers. Angesichts von 110 großzügig gestalteten Textseiten, dürfte das keine Überforderung bedeuten.

Schäfers dokumentiert ausführlich, wie Laudato Si Einfluss auf die Weltpolitik nimmt

Zum Kern des Buches, wie Franziskus Politik macht: Schäfers, Leiter des Grundsatzreferats der KAB Deutschland, stellt im dritten Kapitel „Wie der Papst die Welt ändern will“, den Ansatz der „Politik von unten“ (S. 37) als Hoffnung auf soziale Bewegungen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind (S. 54-56), vor. Schäfers nennt diese Wendung hin zu den Bewegungen einen „Meilenstein in der Entwicklung“ der Sozialverkündigung. Die Lehre wird durch den authentischen Bezug auf die „globalen Gerechtigkeitsbewegungen“ konkreter, sie wird unmittelbar „politischer“ (S. 115). Zu Recht zitiert er die Rede des Papstes während des Welttreffens der sozialen Bewegungen im Vatikan im

Oktober 2014. Die Rede ist ein Schlüsseltext zu LS, auch für ihre Entstehungsgeschichte (S. 43-48). Als weiteren „Meilenstein in der Konkretisierung päpstlicher Lehrschreiben“ (S. 127) wertet er die politischen Kampagnen und „konzertierte Aktionen“ der Weltkirche vor und nach dem Pariser Klimagipfel im Dezember 2015. Schäfers dokumentiert ausführlich, wie unter Papst Franziskus mit dem Leitfaden von LS auf die Weltpolitik Einfluss genommen wurde (S. 119-130).

Umso ernüchternder: In der innerkirchlichen Wirkungsgeschichte von LS bleibt die Ethik sozialer Bewegungen bis jetzt leider eine Randerscheinung. „Binnenkirchlich beschränkter Dialog hat Vorrang vor Außenbezug“ (S. 117). Es „fehlt eine strukturelle und organisatorische Plattform, die einem systematischen Dialogprozess mit allen Menschen guten Willens auch weltkirchliche Konturen gibt“ (S. 116). Wo und wie findet dann die Soziallehre ihre/eine Bewegung (wieder)? Es wäre interessant gewesen, wenn Schäfers die Aussagen LS zum Lebensstil und der Spiritualität einer ganzheitlichen Ökologie (knapp skizziert S. 34-35) ausführlich in Beziehung zu sozialen Bewegungen kommentiert hätte (etwa als „heilsamen Druck auf Politik, LS Nr. 206). Franziskus sieht offensichtlich darin einen weiteren Weg, Politik zu machen.

Das Buch enthält auch kritische Töne

Ansonsten bietet das Buch von Schäfers: den Anschluss von LS an Gaudium Evangelii und der Programmatik von Papst Franziskus als Kapitalismuskritiker und „Häretiker“ (S. 9) der modernen Ökonomie (Kapitel 1). Das zweite Kapitel thematisiert die „Plünderung“ der Erde in Zusammenhang mit Grenzen des Wachstums und der Kritik des freien Marktes. Das vierte Kapitel greift kritisch die Aussagen zum Problem der Verstädterung auf – kritisch, weil die Aussagen zur „Stadtökologie“ für Schäfers zu kurz greifen (S. 70). Ebenfalls kritisch diskutiert er im fünften Kapitel die



Das Buch von Michael Schäfers zur Sozialenzyklika "Laudato Si", erschienen im Ketteler-Verlag.

Aussagen zum Thema „Arbeit“, die auf einer moralischen Ebene verbleiben (S. 78). Im sechsten Kapitel lobt Schäfers die Anwendung der Gemeingüter auch auf die Erdengüter Atmosphäre, Ozeane und Wälder (S. 87). In der Konsequenz hätte eine Kritik an der privaten Eigentumsordnung als Widerspruch zu den Gemeingütern folgen müssen, so weit gehe LS leider nicht. Das siebte Kapitel stellt exemplarisch weltweite Reaktionen auf LS vor. Die Debatte, ob der Papst in seiner Wirtschaftskritik ein Marxist ist, hält Schäfers für wenig hilfreich, weil „notwendige Differenzierungen unterbleiben“ (107).

Bereichert wird das Buch von Fotografien künstlerischer Arbeiten von Mechthild Hartmann-Schäfers. Der einfache Schwarz-Weiß-Druck nimmt leider den Kunstwerken einen Großteil der Wirkung und Schönheit.

Befreiung von Abhängigkeiten und Wiedererlangung von Autonomie (durch steigende Eigenversorgung) verfolgt werden. Hierzu wird z.B. eine Reduzierung der Erwerbsarbeit auf 20 Wochenarbeitsstunden gefordert, um die verbleibenden 20 Stunden zur Selbstversorgung nutzen zu können. Außerdem müsse die Regionalökonomie gestärkt werden. Konsumansprüche, die weder durch Suffizienz, noch durch Selbstversorgung oder Regionalökonomie befriedigt werden können, sollten anstelle von zusätzlicher materieller Produktion durch eine Instandhaltung und Aufwer-

tung der bereits bestehenden Strukturen erfolgen. In diesem Zusammenhang fordert die Postwachstumsökologie wie auch die Sozialenzyklika Laudato Si' die Überwindung des modernen technokratischen Weltbildes sowie utilitaristischen Denkens, um im Sinne der Generationengerechtigkeit sich dem Ziel der Nachhaltigkeit zu verpflichten. In der Diskussion wurden jedoch auch Kritikpunkte an einer Postwachstumsökonomie benannt, so bleibt das zentrale Problem einer Postwachstumsökonomie nach Ulrike Herrmann, Wirtschaftskorrespondentin der taz,

leider weiter ungelöst, da die Brücke fehle, die vom Kapitalismus in die neue Postwachstumsökonomie führen soll. Dennoch leisten die Ansätze der Postwachstumsökonomie einen wichtigen Beitrag im wissenschaftlichen Diskurs, auch wenn die postulierten Lösungsansätze an einigen Stellen nicht überzeugen.

Im Rahmen des Perspektivprozesses AKSB 2020 lässt sich nach der intensiven Auseinandersetzung festhalten, dass die Beschäftigung mit der Sozialenzyklika Laudato Si' eine wichtige Orientierung für

Nationale und internationale Bewerbung der SDGs notwendig

Interview mit Gertrud Casel, Justitia et Pax, zu Laudato Si und den SDGs



Gertrud Casel, Geschäftsführerin der Deutschen Kommission Justitia et Pax.

(inform). Über die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und das Engagement von Justitia et Pax bei deren Umsetzung sprach AKSB-Inform mit Gertrud Casel. Sie ist Geschäftsführerin der Deutschen Kommission Justitia et Pax (www.justitia-et-pax.de), ein „Runder Tisch“ der katholischen Einrichtungen und Organisationen, die im Bereich der internationalen Verantwortung der Kirche in Deutschland tätig sind. Träger von Justitia et Pax sind die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

AKSB-Inform: Welche Bedeutung hat die Enzyklika Laudato si von Papst Franziskus für die Entwicklung der SDGs gehabt?

Gertrud Casel: Papst Franziskus hat mit Laudato Si mehr als eine „Klima-Enzyklika“, ein Kompendium der globalen Solidarität vorgelegt, das in aller Deutlichkeit beschreibt „was unserem gemeinsamen Haus widerfährt“. Die Analyse bezieht ökologische, spirituelle, humane, politische und wirtschaftliche Dimensionen ein. Damit gibt der Papst eine ethische Begründung für unsere Verantwortung für das gemeinsame Haus, die Erde und die auf ihr lebenden Geschöpfe. Diese Enzyklika stellt auch eine spirituelle Grundlage für Menschen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen

dar, sich für eine integrale Entwicklung zu engagieren und einen Lebensstil der Genügsamkeit und des Teilens einzüben. Sie ist in weiten Teilen ein Beleg für den in der deutschen Entwicklungspolitik viel diskutierten Beitrag, den Religionen zu einer nachhaltigen Entwicklung weltweit leisten können, nämlich „eine Spiritualität der globalen Solidarität“ zu fördern.

AKSB-Inform: In welcher Form engagiert sich die Deutsche Kommission Justitia et Pax bei der Umsetzung der SDGs?

Gertrud Casel: Schon in der Vorbereitung der Agenda 2030 haben wir uns mit Partnerorganisationen im Süden für eine nachhaltige Entwicklungsagenda eingesetzt, die das Ziel einer integralen menschlichen Entwicklung partizipativ verfolgt, die auf Menschenrechten beruht und die ökologische, ökonomische und soziale Dimension vereint sowie Frieden und Gerechtigkeit zusammensieht. Vor allem in den Ländern des globalen Nordens, hier bei uns, muss sich einiges verändern in der Art und Weise zu produzieren, zu konsumieren, in unserem Lebensstil und nicht zuletzt im Mobilitätsverhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kirche vorangeht in der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele, als Anwältin für eine veränderte Ordnungspolitik, als Akteur des Wandels für veränderte Leitbilder im Sinne von „gut leben statt viel haben“ und als Vorbild im eigenen Handeln. International engagieren wir uns mit katholischen Organisationen, insbesondere zum Ziel 8 der „Menschenwürdigen Arbeit“. Mit der ILO, dem Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden, Caritas international, der internationalen KAB und CAJ, Kolping International haben wir einen gemeinsamen Aktionsplan entwickelt, um menschenwürdige Arbeit entlang der globalen Wertschöpfungskette umzusetzen. Wir nutzen die SDG's auch als Referenzrahmen, um Fragen der Agrarmarktordeung und des Agrarhandels im

Zusammenhang mit dem Menschenrecht auf Nahrung mit Partnern im Süden und in Europa zu diskutieren.

Notwendig scheinen uns u.a. eine besondere Ansprache junger Erwachsener und Jugendlicher. Darum hatten wir mit dem BDKJ und der katholischen Fernseharbeit einen SDG-Videowettbewerb ausgeschrieben unter www.weltwunder.tv.

AKSB-Inform: Welche Erwartungen haben Sie an eine gemeinsame Auseinandersetzung über die SDGs innerhalb der AKSB?

Gertrud Casel: Voraussetzung für eine gelingende Auseinandersetzung ist es, nationale und internationale Perspektiven und Akteure stärker zusammen zu bringen, in der AKSB etwa solche, die sich mit Entwicklungspolitik und weltkirchlichen Fragen einerseits oder mit Umweltfragen, mit Sozialwirtschaft und Arbeitsmarktpolitik andererseits befassen. Auch die Geschlechtergerechtigkeit muss für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland und weltweit angegangen werden. Sozialethische Kriterien gilt es stark zu machen in der Bewertung von Beschaffung oder Investitionen, von Ressourcenverbrauch und entsprechender Politik.

Weiterhin gibt es großen Bedarf, die Agenda 2030 mit den nachhaltigen Entwicklungszielen SDG's bekannt zu machen und für ihre Umsetzung national, europäisch und international zu werben. Die AKSB sollte sich in der politischen Bildung in Deutschland mit der Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie befassen, die ja das zentrale Instrument zur Umsetzung der SDGs in, mit und durch Deutschland geworden ist. Auch dies ist leider in weiten Bereichen auch der politischen Bildung noch wenig bekannt. Schließlich stellt sich die Frage der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele in den eigenen Einrichtungen und z.B. Tagungshäusern der AKSB.

die katholisch-soziale politische Bildung darstellt, da sie die richtigen Fragen stellt (vgl. die Rezension zum Buch von Dr. Michael Schäfers zur Sozialenzyklika) und einen Paradigmenwechsel hin zu einer universalen Geschwisterlichkeit darstellt. Aus Sicht des Papstes reichen persönliche Verhaltensänderungen allein nicht aus, er fordert eine andere Politik und einen Systemwechsel. Papst Franziskus kritisiert den Kapitalismus als ausgrenzendes Wirtschaftssystem, das eine solidarische und gerechte Verteilung der Güter verhindere. In diesem Zuge fordert er eine

ganzheitliche Ökologie, in der dem Gemeinwohlprinzip eine tragende Rolle zugeschrieben wird, das durch die Veränderung der globalen Verhältnisse jedoch auch selbst Veränderungen ausgesetzt ist (vgl. LS 156/158). Des Weiteren muss im Sinne der nachhaltigen Entwicklung eine generationsübergreifende Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der Generationen geschaffen werden (vgl. LS 159). In diesem Sinn ist die Sozialenzyklika Laudato Si' weit mehr als eine reine „Ökoenzyklika“. Papst Franziskus tritt vielmehr für radikale und grundlegende Änderungen

des Wirtschaftssystems ein! Laudato Si' birgt eine große gesellschaftliche Sprengkraft. Das Schreiben von Papst Franziskus benennt eingängig die zentralen Herausforderungen für ein nachhaltig gelingendes Zusammenleben der Weltgemeinschaft. Es ist ein vorbildlicher Leitfaden der nachhaltigen Entwicklung für die Politische Bildung und als solches insbesondere eine inspirierende Herausforderung für die (katholische) AKSB.

Robert Kläsener

"Jugendliche sollen ihre digitale Umwelt selbst gestalten"

GEMINI-Stand und Fachforum beim Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) in Düsseldorf

Düsseldorf (inform). „22 Mio. Junge Chancen – gemeinsam.gesellschaft.gerecht.gestalten“ – das war das Motto des Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags (DJHT) 2017, der Ende März in Düsseldorf stattfand. Die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hatte zum 16. Mal die Kinder- und Jugendhilfe zu Europas größter Fachmesse und -konferenz in diesem Bereich eingeladen. An über 250 Messeständen präsentierten sich mehr als 380 Aussteller/-innen im Congress Centre Düsseldorf (CCD). Rund 30.000 Besucher nutzten das vielfältige Informationsangebot. Auch die Politische Bildung war beim Jugendhilfetag vertreten: Die AKSB präsentierte sich im Verbund mit der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung im Bundesausschuss Politische Bildung (GEMINI) mit einem Stand und einem Fachforum zum Thema „Die digitale Gesellschaft gemeinsam gerecht gestalten. Impulse für die politische Jugendbildung und eine jugendgerechte Netzpolitik“.

„Jugendliche sollen ihre digitale Umwelt selber gestalten können“

Im Fachforum diskutierten die Teilnehmenden mit Expertinnen und Experten über die aktuellen Herausforderungen durch die Digitalisierung, über neues Lernen mit digitalen Medien und über Impulse für eine jugendgerechte Netzpolitik. Zentrale These des GEMINI-Fachforums war: Die politische Jugendbildung muss jungen Menschen die Option eröffnen, ihre digitale Umwelt aktiv mitzugestalten und nicht nur zu nutzen.

Ausgangspunkt der Diskussion war eine Umfrage, die die GEMINI unter den Besuchern des Kinder- und Jugendhilfetags zur Nutzung von Medien und zu den Einstellungen bezüglich der digitalen Gesellschaft durchgeführt hatte. An der Umfrage nahmen während des DJHT 123 Menschen aus allen Altersgruppen teil. 23 % der Befragten waren im Alter von 18 bis 27 Jahren, knapp 27 % im Alter von 28 bis 36 Jahren, knapp 22 % 37 bis 45 Jahren und ca. 29 % waren über 45 Jahre alt.

Deutlich wurde, dass die Chancen und Hoffnungen, die sich mit der Digitalisierung verbinden, überwiegen, auch wenn durchaus Risiken und Ängste benannt werden. Bei einer Skala von 1-10 lag der Mittelwert bei der Frage nach den Chancen und Hoffnungen bei 6.84, bei der Frage nach den Risiken und Ängsten bei 4.55.



Das Podium des Fachforums bot engagierte Diskussionen: Prof. Petra Grell bei Ihrem Diskussionsbeitrag (re., li.: Moderator Ole Jantschek, Ingo Dachwitz und Sonja Borski).

Gefragt nach den Themen, die die politische Bildung in diesem Kontext unbedingt aufgreifen soll, wurde auf die oben genannten Herausforderungen für die jugendgerechte Gestaltung der Digitalisierung Bezug genommen: Teilhabe(gerechtigkeit), (kritische) Medienkompetenz, Datensicherheit; Gestaltung des Miteinanders und der eigenen Identität im Netz, Umgang mit Fake News, Hate Speech, Cybermobbing, Vermittlung von Werten etc.

Jugendliche als Produzenten ihrer digitalen Umwelt

Bei der anschließenden Diskussion warnte Petra Grell, Professorin für Allgemeine Pädagogik mit dem Schwerpunkt Medienpädagogik an der Technischen Universität Darmstadt, davor, die Chancen der digitalen Gesellschaft rein auf der informativen Ebene zu suchen. Ziel müsse es sein, so Grell, dass junge Menschen die digitale Gesellschaft nicht als gegeben wahrnehmen, sondern Lust daran entwickeln, sie nach ihren Bedürfnissen mitzugestalten. Jugendliche bräuchten die Fähigkeit, hinter die Oberfläche ihres Bildschirms zu schauen und zu Gestalten in der digitalen Gesellschaft zu werden und nicht nur zu Nutzern. Hier komme politische Jugendbildung ins Spiel.

Ingo Dachwitz, Redakteur auf netzpolitik.org (Berlin) forderte ganz konkret die Weiterentwicklung des Urheberrechtes und einen stringenteren Datenschutz für Minderjährige: „Jugendliche werden mehr und mehr zu Produzenten ihrer digitalen Umwelt. Die gesetzlichen Regelungen, bspw. zum Copyright,

gehen jedoch vollkommen an der Alltagsrealität der jungen Menschen vorbei. Hier braucht es eine Anpassung“.

Sonja Borski (Agentur Jöran & Konsorten, Hamburg) richtete den Blick auf das Thema Medienbildung. Da Bildungsmaterial langfristig konzipiert und produziert würde, könnten bestimmte Phänomene überhaupt gar nicht berücksichtigt werden. „Das führt dazu, dass Medienpädagogen der Technik immer hinterherlaufen“, so Borski. „Deutschland hat das Thema der Open Education Ressourcen (OER) komplett verschlafen, während andere Länder sich schon seit Jahren damit befassen. Hier ist eine Politik gefragt, die das Thema in die Breite trägt“, sagte Borski.

Am GEMINI-Stand: Vorstellung von Seminar-konzepten fand großes Interesse

Am gut besuchten GEMINI-Stand konnten einzelne Einrichtungen und Bildungsstätten der in der GEMINI vertretenen Verbände ihre Seminarkonzepte vorstellen: Matthias Blöcher vom Jugendbildungs- und Freizeitgestaltungsverein der KAB e.V. präsentierte im Gespräch mit AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber das Seminarkonzept „Kontraste“ und das Projekt „Abenteuer Stadtteil“ zur Vermittlung von Medienkompetenz aus dem Förderprogramm „Kultur macht stark“.

Weitere Informationen zur Umfrage und ein ausführlicher Bericht über die GEMINI-Aktivitäten beim 16. DJHT finden sich unter: <http://t1p.de/DJHT2017>

Die Veranstaltung wurde gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP)

Marie Schwinning/Friedrun Erben/Markus Schuck

Digital 2020: Werte und Politische Kommunikation im Internet

Fachtagung im Bonifatiushaus in Fulda

Fulda (inform). Angesichts von Verschwörungstheorien, Algorithmen, Social Bots und Fake News erhält die Frage nach der Wahrheit von Nachrichten neue Relevanz. Rund 50 ExpertInnen aus Bildung, Medienpädagogik, Politik und Wissenschaft kamen Anfang März 2017 im Bonifatiushaus in Fulda zusammen, um über Werte, Ethik und politische Kommunikation im Netz zu diskutieren. Eingeladen hatten dazu die AKSB im Verbund mit der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz, dem Bonifatiushaus Fulda, der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien - LPR Hessen sowie dem Institut für Medienpädagogik und Kommunikation - MUK Hessen.

Schlinkert: "Das Netz ist rauer geworden"

Meinungsforscher Reinhard Schlinkert, Generalbevollmächtigter von infratest dimap, informierte über die Veränderungen der digitalen Gesellschaft aus Sicht der Meinungsforschung. Dazu stellte er ausgewählte Ergebnisse der Studien „Glaubwürdigkeit der Medien“ (erstellt im Auftrag des WDR 2016) und „Sachsen-Monitor 2016“ vor: zwar gilt das Internet in der Gesamtbevölkerung als drittgrößte Informationsquelle, aber eben hinter dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen und den Tageszeitungen – denn letztere genießen in der Bevölkerung eine größere Glaubwürdigkeit. Seine Eingangsfrage, ob das Internet tatsächlich politische und gesellschaftliche Diskurse verändere, verneinte Schlinkert abschließend: zwar sei das Klima im Netz rauer geworden, woran populistische Parteien und Akteure deutlichen Anteil hätten. Aber dafür sei das Internet nicht die Ursache.

Konrad Lischka, Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung, sprach über Algorithmen im Netz und wie Software-Design den gesellschaftlichen Diskurs in der digitalen Sphäre beeinflusst. Am Beispiel einer Google-Recherche und eines Facebook-Feeds erläuterte er die Auswahlkriterien und Wirkungen von Algorithmen und zeigte damit, dass algorithmische Entscheidungen schon lange keine Science-Fiction mehr sind: indem Facebook und Google Nutzerreaktionen auf bestimmte Seiten, Likes und Inhalte angeklickter Seiten analysieren, beeinflussen sie die zukünftig angezeigten Seiten. Zentrales Problem dabei sei, dass es scheinbar nur noch eine algorithmisch strukturierte Öffentlichkeit gebe. Lischka kommt zu dem Schluss, dass mehr Vielfalt und Evaluation der Mechanismen nötig seien, um die Öffentlichkeit in der digitalen Sphäre strukturieren zu können.



"Post Trust nicht Post Truth" – Das Vertrauen in die Medien muss wieder hergestellt werden

Ralf Gülden-zopf, Leiter der Politischen Kommunikation der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Berlin, widmete sich der Fragestellung, ob und wie das Internet Wahlkampagnen verändert, und stellte verschiedene Thesen vor: So sei u.a. die Digitalisierung eine Evolution und keine Revolution, in der das Internet als Werkzeug diene und genutzt werden müsse, auch in der politischen Diskussion. Mit der These "Post Trust nicht Post Truth" stellte Gülden-zopf fest, dass aktuell ein Verlust an Vertrauen und Sozialkapital in Medien bestehe. Damit verbinde sich die Herausforderung, dieses Vertrauen wieder herzustellen. Mit seiner letzten These "Raus gehen und kommunizieren" rief Gülden-zopf dazu auf, durch Kommunikation nicht nur Meinungen zu schaffen, sondern diese auch zu bewegen. Dies bedeute speziell in der politischen Kommunikation: zielgerichtete Botschaften an die Wähler zu vermitteln, Meinungsblasen zu identifizieren und auch dafür zu sorgen, dass Plattformen wie Facebook und Twitter ihre Verantwortung bezüglich „Hygienefaktoren“ wahrnehmen und dazu beitragen, Fake news, Hate speech etc. zu löschen und zu melden.

Internet als Chance für die Partizipation junger Menschen

Der erste Tag der Digital 2020-Fachtagung endete mit einem Vortrag von Daniel Poli, Leiter des Geschäftsereichs Qualifizierung und Weiterentwicklung der Internationalen Jugendarbeit bei IJAB, der darüber sprach, wie das Internet als Chance für die Partizipation junger Menschen genutzt werden kann. Poli stellte fest, dass die Belange Jugendlicher zwar durch Familien- und Bildungspolitik vertreten werde, dennoch bspw. bezüglich der Ressourcenverteilung und Art der Partizipation noch Interessenskonflikte bestünden. Da Jugendliche eher zu kurzfristigem politischem Engagement für

Gruppenbild mit Referenten und Kooperationspartnern der Fachtagung "Digital 2020" im Bonifatiushaus in Fulda..

konkrete lebensweltbezogene Themen tendierten, sei es nicht leicht, dieses umzusetzen. Als Best Practice-Beispiele stellte Poli zwei Projekte vor: youthpart und jugend.beteiligen.jetzt.

Filipovic: Vermittlung von "Medienwirkungskompetenz" notwendig

Der zweite Tag bot in zwei Diskussionsrunden das Zusammentreffen von Wissenschaft und Bildungs- und Medienpraxis. Das Eingangsstatement zur ersten Runde lieferte Prof. Dr. Alexander Filipovic, Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Medienethik an der Hochschule für Philosophie in München, der über ethische Implikationen der politischen Kommunikation im Netz sprach. Durch Hate Speech, Fake News, politische Beeinflussung etc. seien die desintegrativen Effekte der interaktiven Online-Kommunikation gestiegen mit der Folge von Vertrauensverlusten und ungleichen Partizipationschancen. Aus seiner Sicht müsse „Medienwirkungskompetenz“ wieder stärker in den Blick geraten: diese sollte sich am Gemeinwohl und Wahrhaftigkeit orientieren und die Rechte anderer im Blick haben. Durch die Vermittlung von Medienkompetenz und Politischer Bildung könne dies erreicht und mündige und kompetente Mediennutzer/-innen ausgebildet werden. Im Gespräch mit Dr. Volker Nies von der Fuldaer Zeitung wurden die medienethischen Ansätze von Prof. Filipovic in ihrer Bedeutung für den Alltag einer Tageszeitung beleuchtet.

Prof. Dr. Caja Thimm, Professorin für Medienwissenschaft und Intermedialität am Institut für Sprach-, Medien- und Musikwissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, nannte in ihrem Vortrag direkt mehrere Herausforderungen der Digi-

talisierung: die Fragmentierung durch digitale Medien als Demokratieproblem, Algorithmen als neue Schleusenwörter des Wissens, der Verfall der Diskurskultur in Form von Hate Speech sowie das Phänomen der neuen Meinungsmache im Netz, bspw. in der Form von Social Bots und Fake Followern. Thimm resümierte, dass es nicht nur einer Digelethik, sondern einer digitalen Werteordnung sowie rechtlicher Rahmenbedingungen und Regulierungen für das Netz bedürfe, um diesen Herausforderungen entgegen zu treten. Ihre Ausführungen ergänzte aus der Praxis der politischen Erwachsenenbildung Marco Düsterwald vom Landesverband der Volkshochschulen von NRW.

Am Ende der Fachtagung zogen die Veranstalter ein Resümee: Prof. Andreas Büsch, Leiter der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz, stellte fest: „Voraussetzung gelingender Partizipation ist der gebildete Medien-Nutzer, wobei sich Medienbildung ebenso wie die Vermittlung von Medienkompetenz um Wertedebatten bemühen müssen.“

Für Joachim Becker, Direktor der hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen), sind die klassischen Medien immer noch relevant und werden für einen umfassenden Bildungs- und Informationsauftrag genutzt werden müssen. Medienethik im Netz geht für ihn nur über die Brücke der Medienbildung und der Medienkompetenz, die am Ende in einer Art umfassender Digitalkompetenz auf-



Medienethische Fragen diskutierten am zweiten Tag der Fachtagung (v.l.n.r.): Dr. Volker Nies von der Fuldaer Zeitung, Prof. Andreas Büsch, Prof. Dr. Alexander Filipovic und Markus Schuck.

gehe. Damit zähle Medienbildung zu den Schlüsselkompetenzen.

AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles stellte die Frage nach den Grundwerten der Demokratie, die immer auch mündige Bürger brauche, und hob die Bedeutung der Politischen Bildung hervor: „Vor den teilweise menschenverachtenden Diskussionsformen dürfen wir nicht resignieren, sondern müssen unser Engagement verstärken und den Diskurs dem Bürger suchen. Eine Trendwende im Netz wird die politische Bildung jedoch nicht allein schaffen: Wir benötigen das Miteinander

von Politik, Journalismus und Bildung, um den gesellschaftlichen Diskurs zu befördern und zu strukturieren.“

Für Gunter Geiger, Leiter des Bonifatiushauses in Fulda, sei mit der Fachtagung deutlich geworden, "dass wir ein Thema diskutieren, dass allen unter den Nägeln brennt: den Bürgerinnen, Journalisten, Wissenschaftlern und Akteuren der Bildungsarbeit. Sie alle erkennen mit großer Sorge die Entwicklung der Kommunikation im Netz und suchen nach Gegenstrategien. Wir werden daher an unserer Reihe Digital 2020 auch im kommenden Jahr festhalten, um weiter gemeinsam mit Wissenschaft, Politik und Wirtschaft die Entwicklung der digitalen Gesellschaft kritisch zu verfolgen.“

Elisabeth Müller, Prof. Andreas Büsch, Markus Schuck

Die Veranstaltung wurde gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP)

Shape the Future: Digitale Medien in der politischen Jugendbildung

Sammelband dokumentiert Netzwerkprojekt der et – Rezension von Kai Stenull

Shape the Future. Digitale Medien in der politischen Jugendbildung, Hrsg.: Ole Jantschek, Klaus Waldmann, Wochenschau Verlag 2016, 192 S., ISBN: 978-3-7344-0011-7

Ergebnis eines dreijährigen Netzwerkprojekts der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) ist der Sammelband „Shape the Future. Digitale Medien in der politischen Jugendbildung“. Der Band versammelt konzeptionelle Überlegungen zu einer politischen Bildung mit digitalen Medien und bietet Einblicke in innovative Praxisprojekte sowie Schlussfolgerungen für die zukünftige Arbeit.

Nach einigen knappen Gedanken zur „Bildung im digitalen Wandel“ und den Überlegungen zur Konzeption des Netzwerkprojekts, nehmen die Projektbeispiele einen großen Teil des Sammelbands ein. Die Beispiele aus der Praxis der politischen Jugendbildung werden vier Bereichen zugeordnet:

(1) „Lokale Sozialräume“, (2) „Ideen und Aktionen zur Beschäftigung mit globaler Zukunft“, (3) „Spielerische Erkundungen mit Cache und Apps“ und (4) „Jugendbeteiligung und das Mitmachnetz“. In einem weiteren Kapitel werden die Erfahrungen aus der Praxis unter verschiedenen Gesichtspunkten, wie beispielsweise „veränderter Umgang mit Information“ oder „neue Formate“ reflektiert. Im Abschlussbeitrag werden dann Schlussfolgerungen für die Praxis skizziert.

Wie so häufig bei Sammelbänden sind die einzelnen Artikel der verschiedenen Autoren von unterschiedlicher Qualität. Vor allem für Praktiker/-innen im Bereich der politischen Jugendbildung liefert der kleine Band jedoch einige Anregungen gerade zu der Frage, wie eben verschiedene SocialMedia-Elemente bzw. digitale Tools mit Blick auf gesellschaftspolitische Fragestellungen eingesetzt werden können. Dabei weisen die Autor/-innen auch immer

wieder selbstkritisch auf falsche Erwartungen und andere Schwierigkeiten in der Praxis hin.

Was aber sind die Schlussfolgerungen aus dem Projekt? Die Herausgeber Ole Jantschek und Klaus Waldmann weisen darauf hin, dass zwar eine Offenheit für die veränderte Mediennutzung und Artikulierung von Jugendlichen notwendig ist, gleichzeitig bei der Hoffnung auf „Automatismen“ Skepsis angebracht sei. Automatisch mehr Kreativität, mehr Offenheit mehr Partizipation, mehr Engagement sei nicht zu erwarten. Sie plädieren für bewährte Prinzipien auch bei den neuen Formaten und für gezielt ausgewählte Medien statt eines Potpourris mit der Gefahr der Überfrachtung. Besonders kritisch sehen sie Dialogplattformen oder andere Formen von E-Partizipation, die Partizipation nur vorgaukeln. Von diesen sollte sich die politische Jugendbildung deutlich abgrenzen und eigene Projekte entgegenstellen, die transparent in den Zielen sind und wirkungsvolle Partizipation ermöglichen.

Offen sein für multikulturelle Zugänge zur Geschichte

Zentrale Arbeitstagung im Franz Hitze Haus: Pädagogik der Anerkennung in NS-Gedenkstätten

Nauen (inform). Zur Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus sowie mit Formen von Diskriminierung und rechter Gewalt in der Gegenwart bietet die katholische Akademie Franz Hitze Haus in Kooperation mit dem Geschichtsort Villa ten Hompel regelmäßig Gedenkstättenfahrten für Schülerinnen und Schüler an. Vorbereitet und begleitet werden diese Fahrten von rund 25 studentischen freien Mitarbeitern der Jungen Akademie, die am Samstag zu einer Zentralen Arbeitstagung mit dem Themenschwerpunkt „Pädagogik der Anerkennung – Politisch-historisches Lernen in heterogenen Gruppen“ zusammengekommen sind.

Bereits seit einigen Jahren wird in Gedenkstätten und ihrem Umfeld diskutiert, wie Menschen nichtdeutscher Herkunft die Geschichte des Nationalsozialismus und der Shoah näher gebracht werden kann. In Zeiten von Zuwanderung und Flucht – mehrheitlich aus arabischen Regionen – steigt die Diversität der deutschen Gesellschaft. Auf diese Vielfalt müssen sich auch Gedenkstätten einstellen, so Dr. Ruth Preusse von der Bildungs- und Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz, die aus Berlin angereist war, um über das dortige pädagogische Konzept für heterogene Besuchergrup-

pen zu referieren. Mit Studien konnte nachgewiesen

tur und Aufarbeitung interessiert sind, hängt vor allem



Gruppenbild bei der zentralen Arbeitstagung der Jungen Akademie im Franz Hitze Haus in Münster.

werden, dass eine Offenheit gegenüber der Beschäftigung mit den NS-Verbrechen nicht in erster Linie an die Herkunft gebunden ist. Auch weist die praktische Erfahrung nicht darauf hin, dass sich Besucherinnen und Besucher mit arabischem Migrationshintergrund häufiger antisemitisch äußern, als andere. Wo Antisemitismus dennoch erkennbar wird, müsse man freilich entschieden dagegen auftreten.

Ob Jugendliche und Erwachsene, deren Familien nicht aus Deutschland stammen, an Erinnerungskul-

davon ab, ob sie sich bei der Behandlung des Themas persönlich angesprochen fühlen. Jeder Mensch bringt seinen eigenen Zugang zur Geschichte mit, so Preusse. Gerade an verunsichernden Orten müsse dies Anerkennung finden, wenn politisch-historisches Lernen gelingen solle.

Sebastian Lanwer

"Die Menschen müssen die Situation einmal erlebt haben"

Anhörungstraining für Geflüchtete im Heinrich Pesch Haus – von Brigitte Deiters

Ludwigshafen (inform). „Ich habe mich vom muslimischen Glauben abgewandt.“ Wenn Rechtsanwalt Hans-Otto Morgenthaler so einen Satz von einem Geflüchteten hört, „dann würde ich nachfragen: warum hast du diesen Schritt getan, was für Folgen hat das für dich?“ Das Problem ist jedoch, dass ein Entscheider im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hier vielleicht nicht nachfragen würde. Und der Asylbewerber würde aus Scheu, Angst, Scham oder Unkenntnis das Thema nicht von sich aus weiter vertiefen.

„Aus meiner beruflichen Erfahrung heraus weiß ich, dass viele Asylanträge abgelehnt werden, weil der Vortrag nicht glaubhaft erschien oder die Aussagen zu flach und unpräzise geblieben sind“, sagt Morgenthaler. Aus diesem Grund hat er gemeinsam mit Matthias Rugel SJ ein Anhörungstraining im Heinrich Pesch Haus für Geflüchtete gestartet. Dieses Angebot fand im März regelmäßig statt.

Das BAMF ist zuständig für Asylverfahren in Deutschland – für die Anhörung und den Bescheid, ob den Bewerbern letztlich Schutz gewährt oder der Antrag abgelehnt wird, sind die Entscheider und Entscheiderinnen beim Bundesamt zuständig. Zurzeit werden viele

Afghanen angehört, daher will Morgenthaler vor allem diese Menschen in nächster Zeit verstärkt vorbereiten. In „Echtzeit“ wird ein Interview mit einem geflüchteten Menschen durchgespielt – mit Morgenthaler als Entscheider, mit einem Dolmetscher und einem Antragsteller, der ganzpersönlich seine Geschichte erzählt – und den anderen Teilnehmenden der Abendveranstaltung, die genau zuhören. Denn nach dem Interview wird es genau ausführlich besprochen.

„Die Menschen müssen diese Situation einmal erlebt haben“, so Morgenthalers Überzeugung. „Wir müssen ihnen auch die Angst davor nehmen und ihnen zeigen, dass sie hier ein rechtsstaatliches Verfahren erhalten, in dem die Entscheider anständig mit ihnen umgehen und sie keine Repressalien zu befürchten haben.“ Sie müssten aber auch lernen zu unterscheiden, welche Angaben wichtig sind bei der Anhörung, und welche nicht. Dafür gibt es einen Fragenkatalog mit 42 Fragen, die gestellt werden können, „und dabei geht es nicht darum, ob die Antragsteller nette Menschen sind, ob sie gut integriert sind oder Deutsch können. Es wird einzig und allein nach den Fluchtursachen gefragt“, betont er immer wieder.

Morgenthalers Engagement begrenzt sich nicht auf diese vorbereitenden Trainings. Auch die ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierten schult er. So fand bereits im Januar ein spannender Informationsabend statt, bei dem der Rechtsanwalt grundlegende Begriffe wie Asyl, Genfer Flüchtlingskonvention, Subsidiärer Schutz oder Abschiebeschutz erläuterte.

Für diese Zielgruppe plant er bereits eine Folgeveranstaltung: Was tun wir, wenn die Menschen gehen müssen? „Mir fällt es auch schwer, jemandem sagen zu müssen: Du hast keine Chance“, erzählt der Rechtsanwalt. Aber trotz allen Mitleids gibt es Menschen, die kein Anrecht auf Asyl haben – Wirtschaftsflüchtlinge etwa. Bei allem Verständnis für deren Situation müssen sich auch Ehrenamtliche die Frage stellen, wieviel Zeit und Geld in deren Integration investiert werden soll – und ob es nicht besser wäre, diese Anstrengung in eine gute Vorbereitung für die Rückkehr zu lenken. Wichtige Fragen der geplanten Veranstaltung wären dann: Welche Rückkehrmöglichkeiten bestehen, welche Alternativen gibt es außerhalb des Asylrechts, und wie gehe ich als Ehrenamtlicher psychisch mit dieser Situation um? – Der Termin dafür wird noch bekannt gegeben. Weitere Informationen bei Matthias Rugel SJ, rugel@hph.kirche.org

Projekt bietet praktische Erfahrungen mit politischen Aktionen

Erste Ergebnisse: Interesse an unkonventionellen Engagementformen überwiegt

Heppenheim (inform). Seit Juli 2016 läuft das Modellprojekt „Politische Partizipation als Ziel der politischen Bildung“, das von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird und durch die Kooperation von Schulen mit außerschulischen politischen Bildungsträgern – darunter auch mehrere in der AKSB organisierte Einrichtungen – Schüler/-innen bei Planung, Durchführung und Reflexion politischer Aktionen pädagogisch anleitet und begleitet. Die Projektleitung liegt beim Haus am Maiberg.

Unter der Prämisse, dass politische Partizipation neben Wissensvermittlung und der Ausbildung politischer Urteilsbildung eines der Kernziele politischer Bildung darstellt, im schulischen Unterricht aber häufig zu kurz kommt, geht es im Projekt vor allem um die Frage, durch welche Themen, Formate, Methoden und Zielsetzungen politische Partizipation nicht nur theoretisch beleuchtet, sondern für die Schüler/-innen auch praktisch erfahrbar gemacht werden kann. Im aktuellen Schuljahr 2016/17 sind zehn Schulklassen aus verschiedenen Schulformen an dem Modellprojekt beteiligt.

Austausch über individuelle Politikbegriffe

Der Projektablauf gliedert sich in zwei außerschulische Seminare, bei denen politische Aktionen zunächst geplant (Aktions-Seminar), in der dazwischen liegenden „aktiven Phase“ durchgeführt und anschließend reflektiert werden (Reflexions-Seminar). Die Aktions-Seminare bieten den Teilnehmenden zunächst die Möglichkeit zum Austausch über ihre individuellen Politikbegriffe, bevor die Schüler/-innen sich z.B. in Form einer Videorecherche mit verschiedenen Partizipationsformen beschäftigen. Der Schwerpunkt des Seminars liegt selbstverständlich auf der anschließenden Suche und Artikulation von (politischen) Themen zur weiteren Bearbeitung, die zunächst in Kleingruppenarbeit und anhand variierender Leitfragen identifiziert werden.

In der Folgezeit nehmen die Schüler/-innen eine selbstorganisierte Analyse des ausgewählten Themas vor, fragen nach politischen Ursachen für die identifizierten Probleme und erarbeiten daraus eine oder mehrere politische Aktion(en). Hier zeigt sich deutlich die Bedeutung des Ortswechsels vom schulischen zum außerschulischen Lernort, in dem die Jugendlichen nach dem Prinzip der Freiwilligkeit, möglichst selbstgesteuert und von ihren eigenen Interessen geleitet arbeiten können.



In der anschließenden aktiven Phase braucht es viel Engagement und Geschick der beteiligten Lehrkräfte zur Einbettung der Aktionen in den schulischen Alltag. Einige Projekte verlaufen im Sand, während zahlreiche Schüler/-innen jedoch am Ball bleiben und ihr Anliegen auch außerhalb der eigentlichen Schulzeit verfolgen.

Jugendliche sind durchaus politisch interessiert

Die (Zwischen-) Ergebnisse sind unterschiedlich und werden im abschließenden Reflexions-Seminar gemeinsam ausgewertet: mittels einer Poster-Ausstellung soll Toleranz an der Schule gestärkt werden; zwei Schüler/-innen vereinbaren ein Gespräch mit der zuständigen Gleichstellungsbeauftragten, um sich über geschlechterspezifische Ungleichheit zu informieren; eine Klasse belebt das örtliche Jugendzentrum mit einem integrativ sowie nachhaltig ausgerichteten Kochprojekt; während der Kontakt zum öffentlichen Personennahverkehr zwecks Verbesserung der Busverbindungen im ländlichen Raum schnell abbricht, besucht der Deutsche Gewerkschaftsbund Hessen auf Anfrage einer Schüler/-innengruppe eine Berufsvorbereitungsklasse, um dort über Ausbildungsmöglichkeiten und rechtliche Fragen aufzuklären. Die gewählten Aktionen bestätigen aktuelle sozialwissenschaftliche Erkenntnisse, die besagen, dass Jugendliche durchaus politisch interessiert sind, dieses Interesse aber eher durch unkonventionelle Engagementformen und Aktionen ausdrücken (vgl. FES-Jugendstudie 2015).

Erste exemplarische Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes sind, dass Jugendliche die von ihnen identifizierten politischen Missstände oftmals bevorzugt mithilfe einer sozial-caritativen Aktion bearbeiten wollen, ohne die zugrundeliegenden Probleme auf struktureller Ebene aufzugreifen. Ein solches Engagement ist selbst-

Referent/-innen des DGB Hessen kamen auf Anfrage der Schüler/-innen zu Besuch in eine Berufsvorbereitungsklasse und informierten über Ausbildungsmöglichkeiten.

verständlich vorbildlich, wird jedoch spätestens im Reflexionsseminar hinsichtlich seiner politischen Wirkung diskutiert und reflektiert.

Nicht jedes politische Engagement hat Erfolg

Des Weiteren müssen einige Schüler/-innen die Erfahrung machen, durch eigenes politisches Engagement keine Wirkung erzielen zu können, beispielsweise wenn sie von Behörden und Funktionsträger/-innen nicht ernst genommen werden. Hier entwickelte eine Schüler/-innengruppe, die sich mit der Frage der Politikverdrossenheit ihrer Mitschüler/-innen auseinandersetzte, jedoch ihre eigene Strategie, indem sie nach einer ernüchternden Antwort des Kultusministeriums die Ergebnisse ihrer Umfrage zum politischen Interesse junger Menschen kurzerhand im fachwissenschaftlichen Magazin POLIS veröffentlichten und mit der Forderung nach mehr schulischer politischer Bildung verbanden. Solche, aber auch niedrigschwellige Aktionen wie der Anruf bei einer Verkehrsgesellschaft oder bei Kommunalpolitiker/-innen, können Selbstwirksamkeitserfahrungen anstoßen und Politik als etwas Lebensnahes und Gestaltbares erscheinen lassen.

Anfang Mai fand im Haus am Maiberg erstmals der projektbegleitende Fachaustausch statt, der einmal jährlich zur Evaluation und Weiterentwicklung des Projekts sowie zum Transfer der Erfahrungen zwischen schulischer, außerschulischer Bildung und Wissenschaft vorgesehen ist. Weitere Informationen bei Projektleiter Alexander Mack.

Alexander Mack

Forderung: Chance auf internationalen Austausch für alle Jugendlichen

IJAB: Internationale Jugendkonferenz erarbeitete Empfehlungen an Bundesjugendministerin

Schwerin (inform). Globalisierung, Europa, internationaler Austausch, Toleranz, Demokratie und friedliches Miteinander: Unter dem Motto „Wir bewegen die Welt von morgen/We move tomorrow's world“ haben Jugendliche aus aller Welt drei Tage lang im April 2017 in Schwerin diskutiert, welchen Einfluss die aktuellen politischen Entwicklungen auf ihr Leben und ihre Mobilitätschancen haben, welchen Beitrag internationale Jugendbegegnungen zu Austausch und Verständigung leisten und wie mehr Jugendliche für Auslandsaufenthalte begeistert werden können. Die Jugendlichen, die aus 20 Nationen auf Einladung von IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. zusammengekommen waren, konnten im Rahmen der Begegnung ihre Empfehlungen im Schweriner Schloss Bundesjugendministerin Manuela Schwesig übergeben.

„Alle jungen Menschen müssen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, an einer internationalen Begegnung teilzunehmen“, forderten die Jugendlichen in ihrem Gespräch mit der Bundesjugendministerin. Um Chancengleichheit zu ermöglichen, sollten die Jugendinformation und Jugendberatung über Auslandsaufenthalte

ausgebaut werden, finanzielle Hürden gesenkt und die Bürokratie reduziert werden. Die Teilnehmenden der Jugendkonferenz betonten die Bedeutung von Europa und weltweiter Zusammenarbeit. Politikverdrossenheit und Nationalismus setzen sie Partizipation und Transparenz entgegen.

Die Bundesjugendministerin betonte in ihrem Treffen mit den Jugendlichen: „Junge Frauen und Männer kennen Europa nur ohne Grenzen. Ein Europa in Frieden, ein einiges Europa ist eine historische Errungenschaft, die wir auch dadurch erhalten, dass Menschen sich begegnen. Das persönliche Gespräch mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern, das Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen sind wichtig für eine offene, tolerante Gesellschaft. Gerade in Zeiten tiefgreifender Veränderungen in Europa und der Welt kommt es auf junge Menschen an, die durch ihr Interesse an anderen Kulturen zu einem friedlichen und solidarischen Zusammenleben beitragen – und um die Welt von morgen zu bewegen.“

Die Ergebnisse der Jugendkonferenz fließen auch in den IJAB-Fachkongress „Begegnen, bewegen, gestalten



Gruppenbild mit Bundesjugendministerin Manuela Schwesig (4.v.l.), Marie-Luise Dreber, IJAB-Geschäftsführerin (2.v.r.), und Lothar Harles, IJAB-Vorsitzender (r.).

ten - Herausforderungen und Chancen der Internationalen Jugendarbeit in der globalisierten Welt“ Mitte Mai in Berlin ein. Der Fachkongress, wie auch die Jugendkonferenz, sind Teil der Jubiläumsveranstaltungen anlässlich des 50. Geburtstags von IJAB. Weitere Informationen: www.ijab.de

"Empowered by Democracy"

GEMINI-Projekt im Bundesprogramm "Demokratie leben"

Bonn/Berlin (inform). Am 1. März 2017 ist das Projekt "Empowered by Democracy - Prävention, Demokratieförderung für und mit jungen Geflüchteten" gestartet. Die AKSB nimmt an diesem Projekt im Verbund mit der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap (GEMINI) teil. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“.

Junge Menschen mit Fluchthintergrund sind eine wichtige Zielgruppe für Angebote politischer Jugendbildung. Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten in Schule, Beruf, Kommune und Gesellschaft sollten daher früh junge Menschen mit Fluchthintergrund erreichen. Es braucht Angebote der Befähigung und Öffnung, damit junge Geflüchtete diese Rolle einnehmen können. Aus diesem Grund ist die Initiative der GEMINI "Empowered by Democracy" entstanden, mit der junge Geflüchtete und junge Erwachsene ohne Zuwanderungsgeschichte ermutigt werden sollen, sich in Seminaren, Workshops und Teilprojekten mit Themen aus ihrem Lebensumfeld auseinanderzusetzen. Die in der GEMINI versammelte Praxis der politischen Bildungsarbeit greift dabei auf eine reichhaltige Sammlung an Erfahrungen, Formaten

und Methoden zurück, wie die aktive Auseinandersetzung über Fragen des demokratischen Zusammenlebens für junge Menschen gestaltet werden kann. „Empowered by Democracy“ will daher zusätzlich den Austausch unter Bildungspraktiker/-innen befördern und neue Ansätze sowie Partnerschaften für eine vielfaltsorientierte Bildungspraxis schaffen.

In dem Projekt können zudem junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund mithilfe eines Qualifizierungsprogramms auch selbst zu Teamer/-innen der politischen Bildung werden. In eigenen Projekten konzipieren und leiten sie selbst Workshops vor Ort und mit Bezug auf ihre Biographie oder ihr Lebensumfeld wie Schule, Unterkunft, Stadtteil oder Ausbildungsplatz.

Die AKSB-Geschäftsstelle wird zur fachlichen und organisatorischen Begleitung des AKSB-Beitrags im Projekt zum nächstmöglichen Termin eine Referentenstelle besetzen. Das Verfahren hierzu wird in Kürze abgeschlossen. Weitere Informationen erfolgen in den nächsten Wochen. Ansprechpartner für Interessenten an dem Projekt: AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber, weber@aksb.de.

Farbe bekennen

ZdK-Aufruf zum Wahljahr

Berlin (inform). Unter dem Titel „Farbe bekennen für die Demokratie!“ ruft das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) zum Wahljahr 2017 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland dazu auf, zur Wahl zu gehen und sich dabei für demokratische Programme und gegen die populistische Zerstörung der Demokratie zu entscheiden. „Unsere Kultur und unsere rechtsstaatliche Demokratie sind stark, wenn wir sie entschieden vertreten und entschlossen verteidigen“, heißt es in dem Anfang Mai 2017 in Berlin verabschiedeten Aufruf. „Wir wissen aus unserer Geschichte, dass demokratische Freiheiten missbraucht werden können, um die Demokratie selbst zu zerstören. Und wir wissen auch, dass Demokratie durch eine schweigende Mehrheit in Gefahr geraten kann. Als katholische Christinnen und Christen rufen wir deshalb dazu auf: Betheiligen Sie sich am fairen, argumentativen Ringen um die besten Lösungen auf der Basis gegenseitigen Respekts und gegenseitiger Achtung! Widersprechen Sie mit aller Entschiedenheit jedem Versuch, auf die Herausforderungen unserer Gegenwart mit Ausgrenzung, Hass und Hetze zu reagieren. Parteien, die dies propagieren, sind nicht wählbar!“ Weitere Informationen zum Aufruf: <http://t1p.de/ZdKAufrufWahljahr>

Fair Play Preis für das Aktionsbündnis "Rio bewegt.Uns"

Überreichung der Auszeichnung an das Bündnis in Wiesbaden

Wiesbaden (inform). Das Aktionsbündnis "Rio bewegt. Uns" hat den Fair Play Preis des Deutschen Sports erhalten. Die vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und vom Verband Deutscher Sportjournalisten (VDS) gestiftete Auszeichnung wurde dem Bündnis Mitte März 2017 in Wiesbaden überreicht. "Rio bewegt. Uns" hatte sich im Zusammenhang mit den letztjährigen Olympischen Sommerspielen in Rio de Janeiro insbesondere für bessere Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche in der brasilianischen Metropole eingesetzt. "Rio bewegt. Uns", so die Jury, habe Solidarität mit Benachteiligten gezeigt und sei ihnen dabei stets auf Augenhöhe begegnet. Mit seinem Engagement habe das Bündnis faires Verhalten über alle Grenzen hinweg gezeigt.

„Die Kampagne Rio bewegt.Uns. hat mich von Anfang an begeistert, weil sie die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen verwirklicht“, sagte Willi Lemke in seiner Laudatio. Der frühere Manager von Werder Bremen und ehemalige Bremer Innensenator war bis Ende 2016 acht Jahre lang Sonderberater des UN-Generalsekretärs für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden.

Zu dem Bündnis "Rio bewegt. Uns" hatten sich auf Initiative des Hilfswerks Adveniat Sport-, Jugend- und Erwachsenenverbände, Träger der Bildungsarbeit



und Akteure weltkirchlichen Handelns in Deutschland - unter ihnen auch die AKSB - sowie Partner in Brasilien zusammengeschlossen. „Als bei den Olympischen und den Paralympischen Spielen 2016 in Rio de Janeiro die Medaillen verliehen wurden, haben wir dafür gesorgt, dass es auch außerhalb der Stadien Gewinner gibt“, sagte Stephan Jentgens, einer der Sprecher des Aktionsbündnisses und Geschäftsführer des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat.

„Wir haben uns dafür starkgemacht, dass an den Spielen auch die Bewohner von Rio de Janeiro teilhaben konnten, die am Rand der Gesellschaft leben. Ihre Hautfarbe und ihre soziale Herkunft sollten keine Hinderungsgründe sein“, betonte Franz Gulde, ebenfalls Sprecher des Bündnisses

Verleihung des Fair Play Preises des Deutschen Olympischen Sportbundes: (v.l.) Erich Laaser, Präsident des Verbandes Deutscher Sportjournalisten, Prof. Dr. Gudrun Doll-Tepfer, Vorsitzende der Deutschen Olympischen Akademie, Aline Lima, Campaignerin der brasilianischen Partnerkampagne, die beiden Sprecher des Bündnisses, Stephan Jentgens, Adveniat-Geschäftsführer, und Franz Gulde, Abteilungsleiter Bildung bei Misereor.

und Leiter der Abteilung Bildung beim Hilfswerk Misereor. Das Aktionsbündnis hat es mehr als 3.000 Kindern und Jugendlichen ermöglicht, Wettkämpfe der Olympischen und Paralympischen Spiele live in den Stadien mitzuverfolgen.

www.rio-bewegt-uns.de

AKSB kurz notiert

Publikationen und Ausschreibungen

Zu zwei Veranstaltungen in den kommenden Wochen lädt die AKSB besonders ein: Am **28. Juni 2017** findet die **Fachkonferenz „Interreligiöse/Interkulturelle Bildung“** zum Thema **"Fremd in der demokratischen Bürgergesellschaft? Herausforderungen der interkulturellen und interreligiösen Verständigung mit Geflüchteten vor Ort"** im Haus am Dom in Frankfurt am Main statt, in Kooperation mit dem Leiterkreis der katholischen Akademien und der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland - Bundesarbeitsgemeinschaft e.V. (KEB). Referenten werden u.a. Dr. Armin von Ungern-Sternberg, Amt für kulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt, und Andreas Groß, TH Köln, Institut für interkulturelle Bildung und Entwicklung (INTER-KULT), sein. Am 29. Juni 2017 folgt die Fachtagung "Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der AKSB" in der AKSB-Geschäftsstelle in Bonn. Weitere Informationen zu beiden Veranstaltungen und Link zur Anmeldung: **www.aksb.de**

Dr. Michael Reitemeyer, Direktor des Ludwig-Windthorst-Hauses und AKSB-Vorsitzender, hat gemeinsam mit Winfried Verbarg, Vorstand der Schulstiftung im Bistum Osnabrück und Leiter der Abteilung Schulen & Hochschulen im Bischöflichen Generalvikariat Osnabrück, das **Buch "Bildung - Zukunft - Hoffnung. Warum Kirche Schule macht"** herausgegeben. Im Mittelpunkt der neuen Publikation beim Herder Verlag steht die Fragestellung: Welche Rolle können und sollen katholische Schulen zukünftig spielen, für die jungen Menschen, für die Gesellschaft und innerhalb der Kirche? Das Buch lässt renommierte Autorinnen und Autoren zu Wort kommen, so u.a. Franz-Josef Bode, Klaus Mertes, Sabine Schöbler, Thomas Sternberg und Marie-Luise Trocholepczy. Weitere Informationen: **<http://t1p.de/KatholischeSchulen>**

Gunter Geiger und Marco Bonacker vom Bonifatiushaus in Fulda haben das **Buch "Menschenrechte und Medizin. Grundfragen der medizinischen**

Ethik" beim Verlag Barbara Budrich herausgegeben. In diesem Band greifen Autor/-innen menschenrechtsrelevante Fragen fundiert auf und werfen so gleichzeitig einen Fokus auf die offenen Herausforderungen der medizinischen Ethik der Gegenwart. Weitere Informationen: **<http://t1p.de/MedizinEthik>**

Das "Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT)" hat am 15. Mai 2017 im Rahmen des Aktiv-Wettbewerbs insgesamt 84 Initiativen und Projekte für ihr vorbildliches und nachahmenswertes zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz aus ganz Deutschland als Preisträger ausgezeichnet. Unter den Preisträgern ist auch die **bundesweite Aktionsgruppe "Praktiker Welt(na(h)/rr)" des Essener Verband Christliche Arbeiterjugend**, ein seit 2007 bestehendes Projekt, das sich seit 2013 explizit mit dem Thema „unsicherer Aufenthaltsstatus“ auseinandersetzt (siehe auch AKSB-Info 1/2016 S. 8). Weitere Information: **<http://t1p.de/zgdr>**

Rechtspopulismus: Herausforderung für katholische Jugendpastoral

Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz: Fachtagung zur Politischen Bildung

Düsseldorf (inform). Rechtspopulismus stellt auch für die katholische Jugendpastoral eine große Herausforderung dar. Dies wurde bei einem Fachtag zur Politischen Bildung der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) Anfang März deutlich. Dort setzten sich rund 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den unterschiedlichen Handlungsfeldern der katholischen Jugendpastoral mit der Frage auseinander, wie sie bei ihrer Arbeit mit jungen Menschen der Demokratie den Rücken stärken können.

Ziel des Fachtages war es, zunächst eine Wissensgrundlage über das Phänomen des (Rechts-)Populismus zu schaffen. Dr. Marcel Lewandowsky von der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg vermittelte in seinem Impuls-Vortrag nicht nur grundlegende Definitionen und Erklärungsansätze, sondern auch aktuelle Daten aus seiner Forschung zu Erscheinungsformen und Entwicklungen rechtspopulistischer Strömungen in Deutschland und Europa. Dr. Sonja Strube, Privatdozentin an der Universität Osnabrück, konzentrierte sich in ihrem Beitrag zu rechtspopulistischen Positionen in der katholischen Kirche vor allem auf die Rolle konservativer Medien, die populistischen Akteurinnen und Akteuren einen Zugang zu katholischen Zielgruppen bieten.

Darüber hinaus bot der Fachtag den Teilnehmenden die Möglichkeit, einzelne Aspekte zu vertiefen und Ideen zu entwickeln, wie sie bei ihrer Arbeit die Demokratie stär-

ken und jungen Menschen Orientierung im Hinblick auf politische Themen bieten können.

"Jugendliche sind politisch"

Ruth Grune, Referentin bei der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb), stellte Ansätze einer politischen Bildung vor, die sich speziell an politikferne Jugendliche richten. Sie betonte, dass Jugendliche heute – entgegen vieler Annahmen – sehr wohl politisch seien. Jedoch unterscheide sich ihr Politikverständnis von einem klassischen Politikverständnis. So interessieren sich junge Menschen beispielsweise für Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder ihre Beteiligungsmöglichkeiten an Entscheidungsprozessen, machten jedoch einen großen Bogen um Politik im engeren Sinne.

Sebastian Auer, freier Reporter beim Westdeutschen Rundfunk, ging der Frage nach, in welchem Verhältnis Populismus und Medien zueinander stehen. Gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutierte er die Frage, wie Jugendpastoral jungen Menschen diese Zusammenhänge vermitteln kann und wie diese zu einem verantwortungsbewussten Medienkonsum befähigt werden können. Ein offener Umgang mit Medien, die Wertschätzung von Pluralität in der Medienlandschaft und eine hohe Transparenz in Hinblick auf die Berichterstattung könnten dazu beitragen, dass das Vertrauen wieder wachse.



Blick ins Plenum der Fachtagung.

Paul Metzloff, Referent für Glaubensbildung bei der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge, befasste sich explizit mit dem Familienbild der Katholischen Kirche und den familienpolitischen Ansichten der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). Das Familienbild der Partei sei viel zu eng gefasst, lautete das Fazit am Ende des Workshops. Es widerspreche dem christlichen Menschenbild und dem Universalitätsprinzip der Kirche. Gerade deshalb sei es für Akteurinnen und Akteure der katholischen Jugendpastoral zwingend notwendig, sich mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Äußerungen beider Institutionen auseinander zu setzen. Nur so könnten sie jungen Menschen eine Orientierung geben.

Marie Schwinning

Wichtiger Beitrag zur Stärkung Politischer Bildung

bap-Stellungnahme zum 15. Kinder- und Jugendbericht sowie zur Stellungnahme der Bundesregierung

Berlin (inform). Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. hat eine Stellungnahme zum 15. Kinder- und Jugendbericht und der Stellungnahme der Bundesregierung abgegeben. Erfreut zeichnete sich der bap darin über die eingehende Befassung mit der politischen Bildung in Bericht und Stellungnahme. Sie betrachten die Einschätzung der Situation der politischen Bildung im Bericht sowie die Anregungen für die Debatte um Konzepte und die Impulse für die Praxis als einen wichtigen Beitrag zur Stärkung dieses Handlungsfeldes und zur Weiterentwicklung politischer Bildung. Der bap unterstreicht dabei in seiner umfassenden Stellungnahme die Auffassung der Berichtskommission, dass eine Neugestaltung der politischen Jugendbildung und auch die Intensivierung der Kooperation mit Ganztagschulen nur zu bewältigen ist, „wenn dafür die institutionellen Rahmenbedingungen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden“ (15. KJB, S. 152). In diesem Zusammenhang weist er besonders auf die schwierige

Situation hin, „dass der Ansatz für die Förderung der politischen Bildung im Kinder- und Jugendplan seit Jahren nur geringfügig erhöht, jedoch überwiegend von Jahr zu Jahr lediglich überrollt worden ist. Noch nicht einmal die Preissteigerungen konnten über die Jahre ausgeglichen werden, gar nicht zu reden von den tariflichen Steigerungen der Personalkosten. Diese Entwicklung hat zu einer Einschränkung der Möglichkeiten der politischen Jugendbildung geführt. Eine Stärkung und Neugestaltung der politischen Jugendbildung ist deshalb zwingend auf eine Erhöhung der Mittel im Programm ‚Politische Bildung‘ des Kinder- und Jugendplans des Bundes angewiesen.“

Nach seiner Stellungnahme hat der bap auch eine ausführliche Expertise zum 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Die Expertise analysiert den 15. Kinder- und Jugendbericht unter der Perspektive, welche Anregungen und Fragen sich daraus für die politische Jugendbil-

dung ergeben. Damit möchte der bap den fachlichen Diskurs über die Weiterentwicklung der politischen Bildung intensivieren. Am **14. und 15. Juni 2017** veranstaltet der Bundesausschuss Politische Bildung e.V. (bap) daher im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin eine **Fachtagung unter dem Motto „Jugend ermöglichen und Politische Bildung stärken“** zum 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung.

Im Anschluss an diese Fachtagung lädt der bap am 15. Juni ab 12 Uhr zur **Verleihung des Preis Politische Bildung 2017** in die Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Berlin ein.

Weitere Informationen zur Fachtagung, die ausführliche Stellungnahme des bap e.V. und die Expertise finden sowie Informationen zum bap-Preis Politische Bildung 2017 finden sich unter **www.bap-politischebildung.de**.

Bundeskanzlerin Merkel und Kardinal Woelki: "Mut zur Verantwortung"

Siegburg: Katholisch-Soziales Institut ist eröffnet



Siegburg/Köln (inform). In Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde am 4. Mai 2017 das Katholisch-Soziale Institut des Erzbistums Köln (KSI) auf dem Siegburger Michaelsberg eröffnet. Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki bezeichnete ihre Anwesenheit nicht nur als besondere Ehre, sondern als Zeichen für die Bedeutung des KSI „weit über das Erzbistum Köln hinaus“.

Das im ehemaligen Benediktinerkloster beheimatete, auf dem Michaelsberg weithin sichtbare Tagungszentrum könne eine Art Leuchtturm werden und „gläubwürdig Orientierung für Seele und Gewissen jedes Einzelnen ebenso wie für die Gestaltung des Gemeinwohls geben“, so Woelki. Als Ort des Dialogs und der Meinungsbildung stehe das KSI in der Verantwortung für das Gemeinwohl. Ziel der Akademie-Arbeit, so der Erzbischof, sei „die Auseinandersetzung des Einzelnen

Gruppenbild mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (3.v.r.) und Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki (2.v.r.): (V.l.n.r.) KSI-Geschäftsführer Roberto Rosso, Pater Rockson Chullickal, KSI-Direktor Prof. Dr. Ralph Bergold und der Siegburger Bürgermeister Franz Huhn.

und der Gesellschaft insgesamt mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit auf allen Ebenen des zunehmend komplexen und weltweit vernetzten Lebens“. Orientiert an der Katholischen Soziallehre, deren Prinzipien angesichts der Not der Arbeitenden während der Industrialisierung formuliert wurden, müsse auch heute gefragt werden, „was und wer die Würde des Menschen bedroht, wie die Freiheit zu schützen und wie Solidarität und Subsidiarität zu fördern sind“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte den Stellenwert der Bildung: „Religiöse Bildung war seit jeher

verbunden mit der Förderung eigenständigen Denkens und kritischer Urteilsfähigkeit. Es ist daher das allerwichtigste, dass Sie die Menschen in Ihrer Bildungseinrichtung dazu ermutigen, ihnen auch die Selbstgewissheit geben, dass sie eigenständig urteilen können“. Das KSI könne auch zu einem Ort werden, wünschte sich Merkel, an dem Diskussion und auch Streit in einem positiven und notwendigen Sinn erfahren werde – nämlich als gemeinschaftliche engagierte Suche nach Lösungen für die Fragen der Zeit. Die Bundeskanzlerin ermutigte dazu, dabei Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen nicht Institutionen oder der Politik zu überlassen. „Freiheit ist nicht zuerst verbunden mit dem Wort ‚von‘, sondern sie ist vor allem Freiheit für etwas“, erinnerte sie an ihre eigenen Erfahrungen als ehemalige DDR-Bürgerin. Wer dagegen nichts anderes gewohnt sei als ein Leben in Freiheit, wisse ihren Wert manchmal kaum zu schätzen; auch hier müsse Bildung einsetzen und in Familie und in Einrichtungen wie dem KSI diese grundlegenden Werte unserer Demokratie an die nächste Generation weitergeben.

Mit der Eröffnung des KSI im ehemaligen Benediktiner-Kloster geht die fast 1000 Jahre alte Tradition des geistlichen Lebens auf dem Siegburger Michaelsberg in eine neue Phase, die mit dem Umzug des Katholisch-Sozialen Instituts von Bad Honnef und der Ansiedlung der Unbeschuhten Karmeliten (OCD) in Siegburg nun begonnen hat. Weitere Informationen:

www.ksi.de

Katholische Akademie Bayern: 60-jähriges Jubiläum

Akademie veranstaltet zum Jubiläum eine Reihe von Veranstaltungen mit den Ortsbischöfen

München (inform). Die Katholische Akademie Bayern feiert ihr 60-jähriges Jubiläum. Am 1. Februar 1957 hielt der Religionsphilosoph Romano Guardini seinen berühmten Vortrag „Die Kultur als Werk und Gefährdung“ und begründete damit die Arbeit der Akademie, die erst 1962 ihr Tagungszentrum in München bezog. Gefeierte wird das Jubeljahr nicht mit einem zentralen Festakt, sondern mit sieben besonderen Veranstaltungen, mit jedem der sieben bayerischen Trägerbischöfe der Akademie, jeweils in dessen Diözese zu einem zentralen Anliegen. Damit soll auch die Spannweite der Akademiarbeit deutlich werden. Das Tagungszentrum selbst steht nur einmal im Mittelpunkt. In einer Sommernacht der Künste am 27. Juni kommt es zur Uraufführung eines Werkes von Wilfried Hiller zu Kunstwerken in der Akademie.

Auftakt war am 3. April im Bistum Würzburg. Bischof Friedhelm Hofmann und der Künstler Markus Lüpertz

sprachen im Museum Georg Schäfer in Schweinfurt über „Kirche und Kunst“. Ein Gespräch über „Kirche in säkularisiertem Umfeld“ war am 3. Mai Thema der Veranstaltung mit dem Augsburger Bischof Konrad Zdarsa. Eingeladen nach Nördlingen war Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich. Die Regensburger Veranstaltung am 20. und 21. Mai in Schönsee in der Oberpfalz und in Pilsen nahm die deutsch-tschechischen Verbindungen in den Blick. Teilnehmer der Diskussion waren Bischof Rudolf Voderholzer, Bischof Tomas Holub von Pilsen und der Kirchenhistoriker Professor Klaus Unterburger.

Am 14. Juli trifft sich der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Reinhard Marx, mit dem Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle auf Herrenchiemsee zu einem Gespräch über das Verhältnis von Kirche und Staat. Im Herbst stehen die Gespräche im Bistum Eichstätt (mit Audi-Chef Rupert Stadler), in Passau (eine Pilgerwanderung



Romano Guardini hielt den Festvortrag bei der ersten Akademieveranstaltung am 2. Februar 1957.

mit Bischof Stefan Oster) und im Erzbistum Bamberg (Weltkirche) an. Detaillierte Informationen dazu gibt es rechtzeitig auf der Homepage der Akademie: www.kath-akademie-bayern.de.

Personalia

AKSB-Geschäftsstelle – Mitgliedseinrichtungen – Kooperationspartner

Die Leiterin des Europabüros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung, **Judith Wind-Schreiber**, hat zum 31.03.2017 ihre Tätigkeit beendet und ist in das Bundesministerium für Bildung und Forschung Referat 311 Grundsatzfragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung gewechselt. Judith Wind-Schreiber hat in den letzten Jahren ihre Aufgabe als Europa-referentin mit großen Engagement wahrgenommen und im Hinblick auf die verschiedensten europäischen Themen wie die Weiterentwicklung des Bildungsprogramms Erasmus plus, die Rolle von Bildung im TTIP-Abkommen oder die Bildungsarbeit mit Flüchtlingen erfolgreich wichtige Vernetzungs- und Lobbyarbeit für die katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung geleistet. Die Stelle der Leitung des Europabüros wird neu besetzt und wurde ausgeschrieben. Weitere Informationen bei Dr. Karl Weber, weber@aksb.de

Cornelia Ockenfels ist seit Januar 2017 in der Sachbearbeitung des Projektes "Kultur macht stark plus" in der AKSB-Geschäftsstelle tätig. Sie ist unter ockenfels@aksb.de, Tel. 0228 28929-45, erreichbar.

Dr. Antonius Gescher ist am 26. Dezember 2016 nach langer Krankheit verstorben. Über 30 Jahre war er als Direktor und Leiter des Bonifatiushauses Fulda tätig, bis er im Juni 2004 mit dem Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand trat. Bevor Dr. Gescher 1970 seine Tätigkeit als Direktor des Bonifatiushauses Fulda begann, war er seit 1966 im Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen tätig. Im AKSB-Vorstand war er von 1984 bis 1993 Mitglied und wirkte u.a. bei dem AKSB-Projekt "Familie und Gewalt" mit.

Nach 24 Jahren in den Diensten des Kolpingwerkes Deutschland wurde **Michael Griffig** als Referent für Familie und Freizeit in den Ruhestand verabschiedet. Michael Griffig gehörte außerdem acht Jahre dem Präsidium des Familienbundes der Katholiken in Deutschland an und bleibt weiter in seinem Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen

(BAGSO) tätig. In seine Zeit als Familienreferent fielen weichenstellende Diskussionen zum heutigen Familienbild, darunter die Erarbeitung des Grundlagendokumentes Ehe – Familie – Lebenswege.

Seit dem 1. März 2017 ist **Dr. Julia Enxing** theologische Referentin des St. Jakobushaus.

Seit dem 1. März 2017 ist **Pater Michael Heinz** Hauptgeschäftsführer des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat mit Sitz in Essen. Die deutschen Bischöfe hatten ihn dazu auf ihrer Frühjahrsvollversammlung 2016 gewählt.

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hat einen neuen hauptamtlichen Bundesvorsitzenden: Die Hauptversammlung wählte **Thomas Andonie** für drei Jahre. Gemeinsam mit den Bundesvorsitzenden Lisi Maier und Katharina Norpoth sowie Bundespräsidenten Pfarrer Dirk Bingener bildet er das Leitungsteam des Dachverbands der katholischen Jugendverbände. Thomas Andonie folgt auf den scheidenden BDKJ-Bundesvorsitzenden **Wolfgang Ehrenlechner**, der zum 1. Juli neuer geschäftsführender Direktor des Jugendhauses Düsseldorf wird, der Bundeszentrale für katholische Jugendarbeit in Deutschland.

Norma R.M. Theis hat die Verwaltungsleitung in der Kommende Dortmund übernommen und damit die Nachfolge von **Ulrike Schulte** angetreten.

Zum 1. Juli 2017 übernimmt **Dr. Karsten Kreutzer** die Leitung der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg. Erzbischof Stephan Burger hat den 48jährigen Theologen zum Nachfolger von **Thomas Herkert** ernannt. Dr. Kreutzer ist zurzeit noch im Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg als Bischöflicher Beauftragter für Hochschulen und Hochschuleseelsorge tätig. Der bisherige Akademiedirektor wechselt im Herbst zum Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg, den er ab November als Diözesan-Caritasdirektor leiten wird. Da Thomas Herkert seit Juni 2015 neben der Leitung der Katholischen Akademie auch mit der Leitung des Referats

Erwachsenenbildung in der Hauptabteilung Bildung des Erzbischöflichen Ordinariats betraut war, übernimmt diese Aufgabe ab 1. Juli 2017 **Matthias Berg**, Direktor des Bildungswerks der Erzdiözese Freiburg.

Die deutschlandweit über 900 Katholischen Schulen in freier Trägerschaft präsentieren sich mit einem neuen Internetportal. Unter der Adresse www.katholische-schulen.de erscheint das Angebot in einem völlig neuen Design und ist zugleich inhaltlich deutlich umfassender als bisher. Die Kommission für Erziehung und Schule der Deutschen Bischofskonferenz ist die Auftraggeberin des neuen Internetportals, das als Partnerportal von www.katholisch.de unter dem Dach der Allgemeinen gemeinnützigen Programmgesellschaft mbH (APG) betrieben wird.

Dr. Manfred W. Lallinger ist als Leiter des Referats Gesellschafts- und Sozialpolitik bei der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart ausgeschieden. Seine Nachfolgerin ist **Dr. Andrea Thimm**.

Dr. Burkhard van Schewick hat seine Tätigkeit als Leiter des Referats Wissenschaft und Hochschule beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn beendet und ist im Ruhestand. Seine Nachfolge hat **Dr. Michael Karger** angetreten.

Der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz hat den Kapuziner **Helmut Rakowski** als künftigen Geistlichen Direktor des Instituts zur Förderung Publizistischen Nachwuchses (ifp) in München bestätigt. Zuvor hatte sich der Aufsichtsrat des ifp für den international erfahrenen Ordensmann entschieden, der ab Januar 2018 gemeinsam mit dem Journalistischen Direktor, **Bernhard Remmers**, die katholische Journalistenschule leiten wird. Er folgt auf den bisherigen Geistlichen Direktor, **Monsignore Wolfgang Sauer**, dessen Mandat mit Erreichen der Altersgrenze Ende 2017 ausläuft.

Neuer Geschäftsführer des Edith-Stein-Hauses in Parchim ist **Lothar Pfeil**.

Redaktionsschluss für den nächsten AKSB-Inform: 23. Juni 2017

Fotonachweis: Titelbilder Reihe oben, S. 6, Friedrun Erben, AdB/GEMINI; Titelbilder Reihe mitte, S. 2, 7, 8, AKSB-Geschäftsstelle; Titelbild Reihe unten li., S. 5, Gertrud Casel; Titelbild Reihe unten mi., KSI; Titelbild Reihe unten re., S. 10, Haus am Maiberg; S. 3, © KNA; S. 4, Dr. Michael Schäfers/Ketteler Verlag; S. 9, Franz Hitze Haus; S. 11, Anke Berger/IJAB; Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung; S. 14, Sebastian Felske; S. 14 unten, Katholische Akademie Bayern.

Auflage: 900

ISSN 0937-8375

AKSB-Inform wird hergestellt mit Förderung aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Termine

Termine der AKSB in 2017

23.-24.05.17	AKSB-Vorstandssitzung	AKSB, Bonn
24.05.2017	Kolloquium Demokratie und Globalisierung	Münster-Carré, Bonn
14.-15.06.2017	bap-Fachtagung "Jugend ermöglichen und Politische Bildung stärken"	Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Berlin
15.06.2017	Verleihung des bap-Preis politische Bildung 2017	Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Berlin
21.-23.06.17	Verwaltungsfachtagung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
28.06.2017	Fachkonferenz „Interreligiöse/Interkulturelle Bildung“ "Fremd in der demokratischen Bürgergesellschaft? Herausforderungen der interkulturellen und interreligiösen Verständigung mit Geflüchteten vor Ort"	Haus am Dom, Frankfurt
29.06.2017	"Krieg und Menschenrechte in Bildung und Erinnerungskultur" Kooperationsveranstaltung Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge / Bonifatiushaus	Berliner Rathaus, Berlin
29.06.2017	Fachtagung "Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der AKSB"	AKSB, Bonn
05.09.2017	Fachkonferenz "Politische Bildung - Zusammenarbeit mit Bundeswehr, katholische Militärseel- und Polizeiseelsorge	Bonifatiushaus, Fulda
13.09.2017	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
19.09.2017	AKSB-Vorstandssitzung	Haus am Dom, Frankfurt
21.-22.09.17	DPJW-Weiterbildungskonferenz	Haus Altenberg, Odenthal
25.-26.09.17	Fachgruppen I - Politik, Menschenrechte, Medien	Franz Hitze Haus, Münster
25.-26.09.17	Fachgruppe II - Arbeit, Bildung, Soziales	Franz Hitze Haus, Münster
25.-26.09.17	Fachgruppe III - Gesellschaft im Wandel - Trends	Franz Hitze Haus, Münster
04.-05.10.17	Abschlussveranstaltung "Responsibility to Protect" Kooperationsveranstaltung Deutsche Kriegsgräberfürsorge/ Bonifatiushaus	JBS, Golm/Usedom
11.10.2017	Vorstandssitzung	Katholische Akademie, Berlin
02.-03.11.17	Kooperationskonferenz "Politische Bildung in der Jugendsozialarbeit"	Haus am Maiberg, Heppenheim
14.11.2017	Projekt Kulturbotschaft - Vernetzungstreffen	Haus am Dom, Frankfurt
26.11.-27.11.17	Vorstandssitzung	Katholische Akademie, Berlin
27.-28.11.17	Jahrestagung der AKSB	Katholische Akademie, Berlin
28.-29.11.17	Mitgliederversammlung der AKSB	Katholische Akademie, Berlin
12.12.2017	Kooperationskonferenz "Politische Jugend- und Erwachsenenbildung	Universitätsclub, Bonn
13.12.2017	Medienpädagogische Trendtagung Digital 2020	Katholische Akademie, Berlin

Termine der AKSB in 2018

24.01.2018	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
05.-06.02.18	Fachgruppe I - Politik, Menschenrechte, Medien	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
05.-06.02.18	Fachgruppe II - Arbeit, Bildung, Soziales	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
05.-06.02.18	Fachgruppe III - Gesellschaft im Wandel - Trends	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
21.-22.03.18	Infrastrukturstellenkonferenz	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
09.-13.05.18	Deutscher Katholikentag	Münster
06.-08.06.18	Verwaltungsfachtagung	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
05.09.2018	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
10.-11.09.18	Fachgruppe I - Politik, Menschenrechte, Medien	KSI, Bad Honnef
10.-11.09.18	Fachgruppe II - Arbeit, Bildung, Soziales	KSI, Bad Honnef
10.-11.09.18	Fachgruppe III - Gesellschaft im Wandel - Trends	KSI, Bad Honnef
04.-05.10.2018	AKSB-Vorstandssitzung	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart; Stuttgart
25.11.2018	Vorstandssitzung AKSB	Bonifatiushaus, Fulda
26.-27.11.18	Jahrestagung der AKSB	Bonifatiushaus, Fulda
27.-28.11.18	Mitgliederversammlung der AKSB	Bonifatiushaus, Fulda

Termine der AKSB in 2019

24.-25.11.19	Vorstandssitzung	Kath. Akademie Stapelfeld, Cloppenburg
25.-26.11.19	Jahrestagung der AKSB	Kath. Akademie Stapelfeld, Cloppenburg
26.-27.11.19	Mitgliederversammlung der AKSB	Kath. Akademie Stapelfeld, Cloppenburg

gefördert vom

